Mehr Personal für psychische Gesundheit

Unterschriftenliste

Der Deutsche Bundestag möge geeignete Maßnahmen beschließen, damit in psychiatrischen, kinder- und jugendpsychiatrischen und psychosomatischen Kliniken flächendeckend und in allen Altersgruppen ausreichend Personal und genügend Zeit für eine gute Behandlung zur Verfügung stehen.

Petition ID Nr.: 99626

Ende der Zeichnungsfrist: 24.12.2019

Link zur Petition: https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2019/_09/_24/Petition_99626.html

Petentin: Gudrun Schliebener, Vorsitzende des Bundesverbands der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen e. V. (BApK)

Name, Vorname (Druckschrift)	**Anschrift (Druckschrift)** Straße, Hausnummer, PLZ, Ort	**Handschriftliche Unterschrift**

Bitte machen Sie alle Angaben, ansonsten ist die Unterschrift ungültig. Die Daten werden streng vertraulich behandelt, eine Unterschrift führt zu keinerlei Verbindlichkeiten, es wird kein Vertrag o. ä. eingegangen, die Daten werden nicht zur weiteren Kontaktaufnahme o. ä. verwendet.

Rücksendung bitte an:

DGPPN e. V.
Reinhardtstr. 27 B
10713 Berlin

Petition an den Deutschen Bundestag:

Der Deutsche Bundestag möge geeignete Maßnahmen beschließen, damit in psychiatrischen, kinder- und jugendpsychiatrischen und psychosomatischen Kliniken flächendeckend und in allen Altersgruppen ausreichend Personal und genügend Zeit für eine gute Behandlung zur Verfügung stehen.

Begründung:

Psychische Erkrankungen gehen uns alle an. Jedes Jahr ist in Deutschland mehr als jeder vierte Erwachsene davon betroffen. 1,2 Millionen Menschen sind jährlich auf eine gute stationäre Behandlung einer psychischen Erkrankung angewiesen. Eine gute psychiatrische, kinder- und jugendpsychiatrische und psychosomatische Behandlung muss die modernen fachlichen und ethischen Anforderungen erfüllen. Dafür werden genügend Mitarbeiter*innen und ausreichend Zeit für Patient*innen und Angehörige benötigt. Doch das Gegenteil ist der Fall: Patient*innen, deren Angehörige und die Mitarbeiter*innen der psychiatrischen, kinder- und jugendpsychiatrischen und psychosomatischen Kliniken sind infolge von Arbeitsverdichtung und unzureichenden Personalschlüsseln am Limit. Aktuell hat die Selbstverwaltung (Gemeinsamer Bundesausschuss) den gesetzlichen Auftrag nicht erfüllt, für eine leitliniengerechte Behandlung zu sorgen. Stattdessen drohen weniger Personal für die Behandlung und mehr Personal für Dokumentation und Bürokratie. Deshalb wird der Bundestag dazu aufgefordert, zeitnah geeignete Gegenmaßnahmen zu treffen, damit in psychiatrischen und psychosomatischen Kliniken flächendeckend und in allen Altersgruppen ausreichend Personal und genügend Zeit für eine gute Behandlung zur Verfügung stehen.

Nur so kann erreicht werden, dass

- die Person im Mittelpunkt steht und nicht die Institution,
- die Patientensicherheit und die Versorgung der Bevölkerung überall und zu jeder Zeit gewährleistet werden kann,
- ausreichend Zeit für stützende Gespräche, Beziehungsaufbau und Begleitung der Patient*innen zur Verfügung steht,
- ausreichend Zeit für Gespräche und Hilfen für die betroffenen Familien bleibt,
- ein heilsames Stationsklima herrscht,
- Angehörige und Genesungsbegleiter*innen angemessen in die Behandlungskonzepte einbezogen werden,
- moderne, leitliniengerechte Behandlungskonzepte wie Psychotherapie, Hilfen zur beruflichen und sozialen
- Teilhabe oder Deeskalationsmaßnahmen flächendeckend umgesetzt werden können,
- eine menschenrechtskonforme Situation durch partizipative Entscheidungen, 1:1-Betreuung in Krisen, Deeskalation zur Verhinderung von Zwangsmaßnahmen und die möglichst geringe Einschränkung der Bewegungsfreiheit (offene Türen) garantiert wird,
- der massive Krankenstand in den Kliniken abgebaut wird,
- der Arbeitsplatz „Psychiatrie“ attraktiv für gut ausgebildetes Personal ist,
- Mitarbeiter*innen in belastenden Situationen hilfreich supervidiert werden können.